



N i e d e r s c h r i f t

**der 50. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
30.01.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 18:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:05 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:15 Uhr
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:55 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:36 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 16:09 Uhr
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:05 Uhr
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:32 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme von 14:16 Uhr bis 15:45 Uhr
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 17:00 Uhr
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähning	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Inés Brock
Christian Feigl
Dennis Helmich
Melanie Ranft
Dr. Regina Schöps
Prof. Dorothea Vent
Yvonne Winkler

Tom Wolter
David Hügel
Gernot Nette
Alexander Raue
Gerhard Pitsch

Verwaltung

Egbert Geier
René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
René Simeonow
Marco Schreyer
Ivo Schneider
Maik Stehle

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER
Fraktion MitBÜRGER
Fraktion MitBÜRGER,
Teilnahme ab 16:26 Uhr
Fraktion MitBÜRGER
AfD Stadtratsfraktion Halle
AfD Stadtratsfraktion Halle
AfD Stadtratsfraktion Halle
Stadtrat

Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Leiter Fachbereich Recht
Leiter Abteilung Liegenschaften
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel
Frank Sängler
Dr. Erwin Bartsch
Josephine Jahn
Katharina Hintz

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Herr Lange eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu Dietmar Stahl zum Wäldchen in Halle Trotha

Herr Stahl bezog sich auf Baumfällungen und Ringelungsarbeiten im Wäldchen Trotha. Er fragte, warum die Deutsche Bahn als Ausgleich für Arbeiten im Rangierbahnhofsgelände einen Wald rodet, um ihn danach wieder aufzuforsten. Weiter fragte er, ob im Planfeststellungsverfahren Naturschutzverbände mit einbezogen wurden und welche Position die Stadtverwaltung hier vertritt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Maßnahme von der Deutschen Bahn im Zusammenhang mit der Zugbildungsanlage und dem Knoten Halle steht. Die Bahn ist verpflichtet, für die Eingriffe Ausgleich zu schaffen und dieser kann nicht ausschließlich auf den eigenen Flächen realisiert werden. In Folge dessen wurde nach alternativen Flächen geschaut und die Stadtverwaltung schlug 2006 das Wäldchen in Trotha vor. Es werden die sogenannten invasiven Neophyten herausgenommen (Robinien, Äschen Ahorne, Hybridpappeln). Diese nicht standorttypischen Bäume sollen durch heimische Gehölze ersetzt werden. Vorab waren im Planfeststellungsverfahren Naturschutzverbände mit einbezogen wurden.

zu Kerstin von Nievenheim zu Grundstücken

Frau von Nievenheim fragte, welche Pläne die Verwaltung mit den Grundstücken hinter der Mötzlicher Straße am Hang hat, wo sich momentan die Gärten befinden.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Verwaltung keine Pläne bekannt sind.

zu Donata Hillger zum Wäldchen in Halle Trotha

Frau Hillger fragte, warum die Verwaltung nicht an anderer Stelle Ersatzmaßnahmen der Bahn vornehmen lässt, beispielsweise an Industriebrachen, wie an dem seit 20 Jahren leerstehenden Reidepark.

Sie fragte weiter, ob es Bäume waren, die im Rahmen des Neubaus der Zugbildungsanlage gefällt wurden und nun ersetzt werden. Es werden dann mehr Bäume gerodet als ersetzt werden.

Zudem fragte sie, warum die Baumschutzsatzung nicht geändert und dem Klimawandel angepasst werden kann, sodass Hybridpappel und andere nicht heimische Baumarten nicht einfach ersatzlos gefällt werden können.

Zuletzt fragte sie, warum die Verwaltung kein Recyclingpapier verwendet.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Entnahme der Neophyten zum Waldumbau dazu gehört. Es erfolgt keine ersatzlose Entnahme, sondern es wird im Verhältnis 1:1 neu gepflanzt.

Für die Neupflanzungen konnte nur die Fläche des Wäldchen in Trotha zur Verfügung gestellt werden, da es keine anderen Flächen im Stadtgebiet gibt, wo diese Maßnahme realisiert werden kann. Alle Flächen werden im Vorfeld von der Verwaltung abgewogen. In dem Fall soll der Waldumbau fortgeführt und die Neophyten entfernt werden.

Er sagte weiterhin, dass es aktuell keinen Anlass gibt, die Baumschutzsatzung zu ändern. Sollte der Rat dies begehren, würde man dazu in die Diskussion gehen.

Bezüglich der Verwendung von Recyclingpapier antwortete **Herr Geier**, dass die Verwaltung immer unter der Voraussetzung ausschreibt, dass Ökopapier zu verwenden ist. Die Verwaltung erhält dafür auch regelmäßig Auszeichnungen (z.B. Papieratlas).

zu **Rodney Thomas zur elektronischen Abstimmung im Stadtrat**

Herr Thomas fragte, ob die Abstimmung im Stadtrat elektronisch erfolgen kann. So gibt es Software-Programme, die das Abstimmungsverfahren eines jeden Einzelnen transparent darstellen können.

Herr Geier antwortete, dass das Abstimmungsverfahren gesetzlich geregelt ist und es hier keinerlei Probleme gibt.

Herr Lange sagte, den Hinweis von Herrn Thomas als Anregung aufzunehmen.

Weiter fragte **Herr Thomas**, ob die Fragen der Einwohnerfragestunde auch über TV Halle übertragen werden könnten.

Herr Lange sagte, dies als Anregungen aufnehmen zu wollen.

Herr Schreyer sagte, dass es für die Einwohnerfragestunde ein klar geregeltes Verfahren gibt. Dieses Verfahren lässt es nur im begrenzten Maße zu entsprechende Bild- und Tonaufnahmen zu tätigen. Die Übertragung der Einwohnerfragestunde wäre nur möglich, wenn er als Fragesteller dies für seine Person genehmigen würde und auch nur er zu erkennen und sehen sei. Das ist hier aber technisch nicht umzusetzen.

zu Rainer von Sivers zur Schorre

Herr von Sivers fragte nach den Verhandlungen mit dem Eigentümer, um den Abriss der Schorre zu verhindern. Er habe selber dazu eine Petition ins Leben gerufen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Eigentümer einen Antrag auf Abriss und einen Antrag auf Behandlung der sanierungsrechtlichen Satzung, die auf dem Grundstück liegt, gestellt hat. Jeder Antragsteller hat das Recht darauf, dass über seinen Antrag entschieden wird. Darüber hinaus wird man mit dem Eigentümer das Gespräch suchen, um ein gute Kompromisslösung für das Grundstück zu finden.

Herr von Sivers sagte, dass er ein öffentliches Forum mit den Einwohnerinnen und Einwohnern Halles begrüßen würde, um die Meinung aller einholen zu können.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es zielführender ist, vorab mit dem Eigentümer ins Gespräch zu kommen. Möglicherweise ist er dann zur Teilnahme an einem solchen Forum bereit. Vorab müssen aber die Argumente ausgetauscht werden.

zu Ruben Hacker zum Wildentenweg

Herr Hacker fragte, wann eine Beantwortung des Offenen Briefes vom 09.11.18 erfolgen wird. Beim Gespräch im Büro des Oberbürgermeisters wurden weitere Fragen gestellt. Er fragte, wann die Antworten vorliegen. Zuletzt wollte er wissen, wann die großen Schlaglöcher im Wildentenweg geschlossen werden.

Frau Ernst antwortete, dass alle Fragen aus dem offenen Brief in der Zukunftswerkstatt Kröllwitz beantwortet wurden. Mit dem Investor wird ein Folgetreffen stattfinden. In diesem Rahmen können dann weitere Fragen besprochen werden. Im Anschluss kann im Rahmen einer weiteren Zukunftswerkstatt informiert werden.

Herr Hacker sagte, dass nicht alle Fragen zum Verkehrskonzept beantwortet wurden.

Frau Ernst sagte, dass das Verkehrskonzept aktuell erstellt und in einer weiteren Zukunftswerkstatt vorgestellt wird.

Frau Ernst ergänzte, dass dieses Verfahren mit den Bürgerinitiativen abgesprochen ist.

Herr Rebenstorf sagte, die Schäden durch den Winter zu prüfen und eine Beseitigung zu veranlassen.

zu **Torsten Fritz zum Begriff Bürgerkommune**

Herr Fritz bezog sich auf den Begriff der Bürgerkommune. Er fragte nach dem Stand der Umsetzung in der Stadt Halle.

Frau Ernst sagte, dass in den letzten Jahren viele Beteiligungsformate entstanden sind, darunter Plattformen wie: „Sag’s uns einfach“ oder „Rechne mit Halle!“ sowie Zukunftswerkstätten. Auch der erfolgreiche Bürgerentscheid 2017 sei hier zu nennen sowie zahlreiche erfolgreiche Petitionen u.a. zum Erhalt der Linden am Riveufer.

Herr Fritz richtete eine Petition an den Oberbürgermeister für die Einführung eines Antrages oder Rederechts für alle Einwohner der Stadt Halle (Saale) für die Sitzungen des Stadtrates und der Ausschüsse, ersatzweise die Installation einer mit entsprechenden Rechten ausgestatteten Bürgerkommission. Er bat um eine rechtliche Prüfung.

Es gab keine weiteren Einwohnerfragen, sodass **Herr Lange** die Einwohnerfragestunde beendete.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 50. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde vom Vorsitzenden, **Herrn Hendrik Lange**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 46 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (80,7%) fest.

Herr Lange verpflichtete **Frau Schlüter-Gerboth** auf der Grundlage des § 53 Abs. 2 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalts als Stadträtin.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.4 + ÄÄ TOP 7.4.1

Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in Paul-Biedermann-Schwimmhalle

Vorlage: VI/2018/04390

→ **Vorschlag: absetzen**

→ **Beschlussvorlage wurde zurückgezogen**

TOP 8.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2018/04656

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **im Fachausschuss vertagt**

TOP 8.4

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Sportplatzes in der Silberhöhe

Vorlage: VI/2018/04659

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.5

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sportstättenkapazitäten in Halle-Neustadt

Vorlage: VI/2018/04658

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.7

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife

Vorlage: VI/2018/03885

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.8

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen

Vorlage: VI/2018/04378

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.11

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“

Vorlage: VI/2018/04474

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.12

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Umgestaltung des Bürgerhaushaltes

Vorlage: VI/2018/04298

- **Vorschlag: absetzen**
- **im SR Dezember hatte Herr Wolter informiert, dass der Antrag erst im Zuge der BV zum Bürgerhaushalt behandelt werden soll**

Herr Lange machte auf folgende zwei Dringlichkeiten aufmerksam und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Kulturausschuss

Vorlage: VI/2019/04829

- **2/3 Mehrheit erforderlich**
- **Behandlung unter TOP 9.12**

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss

Vorlage: VI/2019/04833

- **2/3 Mehrheit erforderlich**
- **Behandlung unter TOP 9.13**

Abstimmungsergebnis:

VI/2019/04829

einstimmig zugestimmt

2/3 Mehrheit

Abstimmungsergebnis:

VI/2019/04833

einstimmig zugestimmt

2/3 Mehrheit

Zuletzt machte **Herr Lange** auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 8.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausweitung des Quartiersmanagements

Vorlage: VI/2018/04672

- **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 8.6

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet

Vorlage: VI/2018/04529

→ **Änderung des Beschlussvorschlages**

TOP 8.10

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bildung eines Ausschusses für Digitalisierung

Vorlage: VI/2018/04549

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag von Frau Dr. Brock vor**

→ **Behandlung unter TOP 8.10.1**

TOP 9.3

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht für bedeutsame Immobilien

Vorlage: VI/2019/04757

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER vor**

→ **Behandlung unter TOP 9.3.1**

TOP 9.5

Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in Ausschüssen des Stadtrates

Vorlage: VI/2019/04761

→ **Änderung des Beschlussvorschlages**

Frau Dr. Brock zog im Namen der Fraktion den Antrag unter dem Tagesordnungspunkt

8.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife

Vorlage: VI/2018/03885

zurück.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht. **Herr Lange** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.11.2018

- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.12.2018
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 - 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.12.2018
Vorlage: VI/2019/04805
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters
- 6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 7. Beschlussvorlagen
 - 7.1. Teilnahme von zwei Stadträtinnen und Stadträten an der 40. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 04. - 06. Juni 2019 in Dortmund
Vorlage: VI/2018/04647
 - 7.2. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04442
 - 7.3. Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke BR 044
Vorlage: VI/2018/04497
 - 7.4. *Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in Paul-Biedermann-Schwimmhalle*
Vorlage: VI/2018/04390 *zurückgezogen*
 - 7.4.1. *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Umbenennung der Trainingsschwimmhalle in der Robert-Koch-Straße in "Paul-Biedermann-Schwimmhalle"*
Vorlage: VI/2018/04560 *abgesetzt*
- 8. Wiedervorlage
 - 8.1. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2018/04656 *vertagt*
 - 8.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Erhalt der "Schorre"
Vorlage: VI/2018/04732
 - 8.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausweitung des Quartiersmanagements
Vorlage: VI/2018/04672
 - 8.4. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Sportplatzes in der Silberhöhe*
Vorlage: VI/2018/04659 *vertagt*

- 8.5. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Sportstättenkapazitäten in Halle-Neustadt*
Vorlage: VI/2018/04658 vertagt
- 8.6. *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet*
Vorlage: VI/2018/04529
- 8.7. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife*
Vorlage: VI/2018/03885 zurückgezogen
- 8.8. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Anpassungsmaßnahmen an geänderte Klimabedingungen*
Vorlage: VI/2018/04378 vertagt
- 8.9. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines verbindlichen Vertretungssystems in der Kindertagespflege*
Vorlage: VI/2018/04466
- 8.10. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bildung eines Ausschusses für Digitalisierung*
Vorlage: VI/2018/04549
- 8.10.1 *Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bildung eines Ausschusses für Digitalisierung (VI/2018/04549)*
Vorlage: VI/2019/04821
- 8.11. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“*
Vorlage: VI/2018/04474 vertagt
- 8.12. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Umgestaltung des Bürgerhaushaltes*
Vorlage: VI/2018/04298 abgesetzt
9. *Anträge von Fraktionen und Stadträten*
- 9.1. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einer Umbesetzung im Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH*
Vorlage: VI/2019/04752
- 9.2. *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH*
Vorlage: VI/2019/04753
- 9.3. *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht für bedeutsame Immobilien*
Vorlage: VI/2019/04757

- 9.3.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04834
- 9.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: VI/2019/04759
- 9.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in Ausschüssen des Stadtrates
Vorlage: VI/2019/04761
- 9.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche Initiativen
Vorlage: VI/2019/04766
- 9.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04762
- 9.8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reaktivierung des Basketballplatzes im Bereich Unterberg
Vorlage: VI/2019/04783
- 9.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2013
Vorlage: VI/2019/04785
- 9.10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beleuchtung der Wegeverbindung entlang der ehemaligen Hafenbahntrasse
Vorlage: VI/2019/04786
- 9.11. Antrag der AfD Fraktion auf Erstellung einer Konzeption zur Begrenzung des Ausländeranteils in den Stadtvierteln von Halle und der Verhinderung des Entstehens von Parallelgesellschaften.
Vorlage: VI/2019/04775
- 9.12. Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Kulturausschuss
Vorlage: VI/2019/04829
- 9.13. Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: VI/2019/04833
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Infrastrukturentwicklung in Ammendorf/Radewell
Vorlage: VI/2019/04760
- 10.2. Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Verkehrssicherheit am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2019/04745

- 10.3. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
Vorlage: VI/2018/04548
- 10.4. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
Vorlage: VI/2018/04544
- 10.5. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Technik des alten Planetariums
Vorlage: VI/2019/04750
- 10.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Hafenstraße 7
Vorlage: VI/2019/04751
- 10.7. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur "Deutsche Wohnen AG" in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04755
- 10.8. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht bei Grundstücksveräußerungen
Vorlage: VI/2019/04756
- 10.9. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Weitergabe von Meldedaten an die Bundeswehr
Vorlage: VI/2019/04758
- 10.10. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ampelschaltung „An der Magistrale“
Vorlage: VI/2019/04763
- 10.11. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife
Vorlage: VI/2019/04764
- 10.12. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/04765
- 10.13. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Star Park
Vorlage: VI/2018/04666
- 10.14. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu sozialen, umweltbezogenen und innovativen Kriterien in den Vergabeverfahren 2017 und 2018
Vorlage: VI/2018/04556
- 10.15. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung der Finanzmittel für Reparaturen an Straßen, Wegen und Plätzen in 2018
Vorlage: VI/2019/04779
- 10.16. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Organisationsuntersuchungen in der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2019/04777

- 10.17. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kündigungsfristen bei
Betreuungsverträgen in Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2019/04774
- 10.18. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer Toilettenanlage
auf der Würfelwiese
Vorlage: VI/2019/04773
- 10.19. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen für im Jahr
2013 am Gimritzer Damm vorgenommene Baumfällungen
Vorlage: VI/2019/04772
- 10.20. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den geplanten
Grundstücksveräußerungen im Jahr 2019
Vorlage: VI/2019/04782
- 10.21. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Anreizsystems für
Hebammen bezüglich der Leistung Wochenbettbetreuung
Vorlage: VI/2019/04770
- 10.22. Anfrage der Fraktion MitBürger zu Hundewiesen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/04776
- 10.23. Anfrage der Fraktion MitBürger zu Schall- und Emissionsschutz nach dem Neubau der
Zugkopplungsanlage
Vorlage: VI/2019/04778
- 10.24. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue (AfD Stadtratsfraktion Halle) zu den
Herkunftsstaaten und den Religionszugehörigkeiten der in Halle lebenden Ausländer
Vorlage: VI/2019/04749
- 10.25. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue (AfD Stadtratsfraktion) zur Kontrolle der in der
letzten Zeit zahlreich entstandenen sogenannten Barbiersalons hinsichtlich der
Einhaltung der Bestimmungen und Beschränkungen durch die Handwerksordnung.
Vorlage: VI/2019/04769
- 10.26. Anfrage des Stadtrates Gernot Nette (AfD Stadtratsfraktion) zu Aufwendungen für
Flüchtlinge, Asylsuchende und Asylanten
Vorlage: VI/2019/04787
11. Mitteilungen
- 11.1. Quartalsbericht III/2018 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG
Vorlage: VI/2018/04611
- 11.2. Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2018/04578
- 11.3. Information zur Investitionsdarlehensaufnahme aus Kreditermächtigung 2017 und 2018
Vorlage: VI/2018/04679
12. mündliche Anfragen von Stadträten
13. Anregungen

- 13.1. Anregung der Fraktion MitBürger zu Hundewiesen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/04780
- 13.2. Anregung der Fraktion MitBürger zum Fußgängerübergang Willy-Brandt-Straße
Vorlage: VI/2019/04781
- 14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.11.2018

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 21.11.2018. **Herr Lange** bat um Bestätigung.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 19.12.2018

Herr Lange sagte, dass die Niederschrift vom 19.12.2018 im Februar zur Bestätigung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.12.2018
Vorlage: VI/2019/04805**

Herr Lange sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 19.12.2018 vor dem Sitzungssaal ausgehangen und somit bekannt gegeben sind. Diese werden anschließend im nächsten Amtsblatt veröffentlicht.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass die Stadt Halle (Saale) am 19.12.2018 einen Fördermittelbescheid für die Sanierung und den Umbau des Halloren- und Salinemuseums erhalten hat. Das Land übernimmt 12,1 Millionen Euro. Der Eigenmittelanteil der Stadt beträgt 900.000,00 Euro. Die Fertigstellung ist zum 300. Jubiläum der königlich-preußischen Saline im Jahr 2021 geplant.

Er informierte weiterhin über den 37. Tag der Bustouristik in Halle (Saale) am 6. und 7. Januar. Er berichtete, dass 240 Gruppenreiseveranstalter, Spezialanbieter und Vermarkter aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen und Großbritannien teilgenommen haben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über den Tag der offenen Tür der Stadt Halle (Saale) unter dem Motto „Helle Köpfe, Neue Ideen, Offene Türen“. Teilgenommen haben 2.100 Besucherinnen und Besucher. Es gab interessante Gesprächsrunden und Informationen rund um engagierte Persönlichkeiten der Stadt Halle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete über den 1. Spatenstich zum neuen Planetarium im Gasometer auf dem Holzplatz am 21. Januar. Die Stadt investiert für den Bau 14,5 Millionen Euro aus den Fluthilfemitteln. Herzstück des Planetariums wird der „Sternensaal“ mit mehr als 100 Sitzplätzen sein. Die Fertigstellung ist für Mitte 2021 geplant.

Weiter berichtete er von der 2. Zukunftswerkstatt zum Marktplatz. Er sagte, dass durch Baumkübel und temporären Rasen mehr Grün auf dem Marktplatz entstehen soll. Im März soll durch die Verwaltung sowohl die Marktsatzung als auch ein Grundsatzbeschluss zur Gestaltung des Marktplatzes zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über die neuen Dienstzeiten im Ordnungsamt sowie über einen Antrag des örtlichen Personalrates auf einstweilige Anordnung vor dem Verwaltungsgericht, eine Verlängerung der Dienstzeiten im Winterhalbjahr abzulehnen und generell auf den Sonntagsdienst zu verzichten. Er sagte, dass die Notwendigkeit besteht, die Dienstzeiten auszuweiten.

Er sagte weiterhin, dass die Stadtwache eine neue Station auf dem Marktplatz bekommen wird. Die Stadtwache wird im April 2019 in die Schmeerstraße 1 ziehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand setzte die Stadträte darüber in Kenntnis, dass der Haushalt 2019 am 21. Januar durch das Landesverwaltungsamt bestätigt wurde. Es wurde die Aufstellung eines Konsolidierungskonzeptes bis zum 30.09.2019 gefordert. Kreditaufnahmen für Investitionen, wie das Investprogramm für Schulen und Kitas, wurde genehmigt.

Die Stadt Halle (Saale) hat mit dem Haushaltsplan 2019 einen Konsolidierungspfad aufgezeigt: Der Liquiditätskreditrahmen wurde mit dem Haushaltsjahr 2019 um 5 Millionen Euro abgesenkt. Weitere Schritte werden in den kommenden Jahren erfolgen. Ab dem Jahr 2021 werden im Finanzhaushalt nach der Planung leichte Überschüsse ausgewiesen, mit denen der Stand der Liquiditätskredite weiter gesenkt werden soll.

Herr Geier informierte über die Entwicklung der Liquiditätskredite in den Jahren 2011 bis 2018.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Es gab keine Wortmeldungen zur Aussprache des Oberbürgermeisters.

zu 7 Beschlussvorlagen

zu 7.1 Teilnahme von zwei Stadträtinnen und Stadträten an der 40. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 04. - 06. Juni 2019 in Dortmund Vorlage: VI/2018/04647

Herr Lange sagte, dass die Abstimmung der Vorschläge in alphabetischer Reihenfolge erfolgen wird. Es sagte, dass seitens der Fraktionen folgende Vorschläge gelten: Herr Helmich, Herr Schied, Herr Sprung, Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE mit der Person Herr Schied zurück genommen wird.

Herr Lange rief in alphabetischer Reihenfolge die drei Kandidaten auf und ließ die Ja-Stimmen auszählen.

Auf Herrn Helmich fielen 24 Ja-Stimmen, auf Herrn Sprung 13 Ja-Stimmen und auf Herrn Dr. Wend 30 Ja-Stimmen.

Herr Lange verkündet, dass Herr Helmich und Herr Dr. Wend an der 40. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund vertreten sein werden.

Anschließend bat der um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass Dennis Helmich und Dr. med. Detlef Wend die Stadt Halle (Saale) als stimmberechtigte Mitglieder bei der 40. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund vertreten.
2. Der Stadtrat beschließt, dass diesen beiden Stadträten nach § 7 der Satzung über die Entscheidung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) gewährt werden.
3. Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates auf Vorschlag der jeweiligen Fraktion über die Vertretung.

**zu 7.2 Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2018/04442**

Herr Aldag sprach der Stadtverwaltung ein Lob für die Vorlage aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes in der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.3 Verzicht auf Variantenbeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 159
Giebichensteinbrücke BR 044
Vorlage: VI/2018/04497**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, bei der Fluthilfemaßnahme Nr. 159 Giebichensteinbrücke BR 044 auf einen Variantenbeschluss zu verzichten.

zu 8 Wiedervorlage

**zu 8.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Erhalt der "Schorre"
Vorlage: VI/2018/04732**

Herr Dr. Fikentscher sagte, dass es sich bei dem Gebäude um ein Ereignisdenkmal erster Güte handelt. Darüber hinaus erfährt die Schorre seit Jahren unter den Hallensern große Bekanntheit und viele würden es bedauern, wenn dieses Gebäude nicht mehr existieren würden.

Herr Wolter sagte, dass es viele Gebäude in Halle gibt, die eine Art historische Schwere bürden. Diese Gebäude müssen einer neuen Nutzung zugeführt werden. Die Qualität dieser Stadt macht es nicht aus, den Eigentümer des Gebäudes dazu zu zwingen, beispielsweise ein Museum daraus zu machen. Er bat die Verwaltung um Stellungnahme.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, mit dem Investor gemeinsam die bereits

begonnene Diskussion führen zu wollen, um allen Interessen gerecht zu werden. Die Verwaltung ist an Recht und Gesetz gebunden. Der Antrag ist als Resolution zu betrachten. Zudem ist dies Teil des übertragenen Wirkungskreises.

Herr Scholtyssek sagte, dass es viele Gebäude in Halle (Saale) gibt, die mit Erinnerungen verbunden sind, aber nicht all diese Gebäude können erhalten werden. Er skizzierte den Werdegang zum Verkauf des Grundstückes aus dem Jahre 2010.

Herr Feigl sagte, dass Ansinnen des Antrages nachvollziehen zu können. Der Antrag ist als Auftakt zu sehen, bei künftigen Verkäufen kommunaler Gebäude abzusichern, dass kulturelle Orte dauerhaft für die Stadt erhalten bleiben.

Herr Eigendorf sagte, dass eine Stadt mehr als eine Aneinanderreihung von Wohngebäuden ist. Eine Stadt lebt davon, ihren Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gästen etwas zu bieten. Nach der Schließung des Capitol ist die Schorre derzeit in der südlichen Innenstadt das einzige Gebäude, in dem sich Menschen außerhalb ihrer Wohnräume treffen können und mit anderen zusammen Musik hören können.

Herr Dr. Fikentscher sagte, dass das Wort „rechtliche“ aus dem Beschlussvorschlag gestrichen wird.

Herr Dr. Meerheim fragte nach den Sanierungszielen.

Herr Rebenstorf sagte, dass unter Sanierungssatzung Nr. 2 das Sanierungsgebiet Altindustriestandort Merseburger Straße und südliche Vorstadt gemeint ist. Wichtiges Ziel ist der strukturelle Erhalt (Blockrandbebauung). Die südliche Innenstadt ist von Blockrandbebauung, Korridorstraße, Abfolge von Plätzen und öffentlichen Grün stark geprägt. Im Bereich der Schorre ist der Blockrand einmal herum gezeichnet, davor eine Grünfläche, welche ebenfalls als Erhalt gilt.

Er sagte, dass am Ende der strukturelle Erhalt gegeben sein muss und dass der öffentliche Raum erhalten bleibt. Ziel eines Sanierungsgebietes ist es, bestehende städtebauliche Missstände zu beseitigen und sicherzustellen, dass keine neuen städtebaulichen Missstände entstehen.

Herr Gernhardt sagte, dass im Denkmalinformationssystem des Landes Sachsen-Anhalt der gesamte westliche Bereich der südlichen Innenstadt als Denkmalbereich gekennzeichnet ist. Er fragte, ob damit die Sanierungssatzung gemeint ist oder ob es sich um einen extra Status handelt.

Herr Rebenstorf sagte, dass es unterschiedliche Zuständigkeiten sind. Als Denkmal ist die gesamte südliche Innenstadt als Ganzes zu betrachten und nicht das einzelne Gebäude.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten (Erhaltungssatzung o.ä.) zu nutzen, um den drohenden Abriss des Ereignisdenkmals in der Willy-Brandt-Straße 78, 06110 Halle (Saale), bekannt als „Schorre“ und ehemals „Hofjäger“, zu verhindern, und den Stadtrat über die diesbezüglichen Entwicklungen zu informieren.

zu 8.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ausweitung des Quartiersmanagements
Vorlage: VI/2018/04672

Herr Eigendorf führte in den Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) ein und begründete diesen.

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Sachdarstellung über die durch sie geprüften und vorbereiteten Maßnahmen zur Erweiterung des Quartiersmanagements dem Stadtrat spätestens bis Juni nach Beschluss des Antrages vorzulegen. Die Darstellung soll insbesondere den finanziellen und personellen Mehraufwand skizzieren.

zu 8.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet
Vorlage: VI/2018/04529

Herr Dr. Wend führte in den Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) ein und begründete diesen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag gemäß Geschäftsordnung in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Halleschen Nahverkehrs-AG (HAVAG), der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH und der City-Gemeinschaft eine Beschlussvorlage inklusive Finanzierungsplan zu erarbeiten, auf deren Grundlage der Stadtrat die Einführung eines „City-Tages“ beschließen kann, wonach an Samstagen Busse und Straßenbahnen der HAVAG im Stadtgebiet Halle (Saale) kostenfrei genutzt werden können.
2. Die Beschlussvorlage ist in die Sitzung des Stadtrates im ~~Februar~~ **September** 2019 einzubringen.
3. Der City-Tag soll mit Inkrafttreten der Regelung zunächst für ein Jahr eingeführt werden.

- Die Auswirkungen des City-Tages sollen evaluiert werden. Die Ergebnisse sollen dem Stadtrat spätestens in seiner zweiten Sitzung nach Ablauf des Jahres vorgelegt werden.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erarbeitung eines verbindlichen Vertretungssystems in der Kindertagespflege
Vorlage: VI/2018/04466**

Frau Ranft führte in den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung bereits an der Thematik arbeitet. Sie sagte, dass es vorkommen kann, dass nicht sofort eine Vertretung eingesetzt werden kann.

Sie wies darauf hin, dass in den letzten Jahren 2 Stellen in der Verwaltung geschaffen wurden, welche mit der Prüfung der Tagespflege vertraut sind. Sie schlug vor, den Antrag als erledigt zu betrachten.

Frau Dr. Brock sagte, dass der Antrag nicht als erledigt zu betrachten ist, da die Verhandlungen zum Antrag noch laufen. Sie warb um Zustimmung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um getrennte Abstimmung der Beschlusspunkte.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt Abstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 4	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

- Die Stadt Halle entwickelt, z.B. auf Grundlage existierender best-practice-Beispiele, ein wirksames Vertretungssystem für die Kindertagespflege und legt dem Stadtrat bis Juni 2019 einen Umsetzungsvorschlag dazu vor. Idealerweise sind Fachkräfte aus der Praxis in den Erarbeitungsprozess einzubeziehen.
- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein System zur statistischen Erfassung von Vertretungsfällen (Urlaub, Krankheit, Fortbildung) sowie eine dafür geeignete Verfahrensweise zu erarbeiten. Die dazu erforderliche Mitwirkung der Kindertagespflegestellten wird in die Vertragsgestaltung aufgenommen.
- Die Richtlinie über die Tagespflege in der Stadt Halle (Saale) gemäß §§ 23,24 SGB VIII und KiFöG LSA wird dementsprechend angepasst.
- In den Haushalt 2020 werden entsprechende Aufwendungen zur Initiierung und Umsetzung des Vertretungssystems eingeplant.

zu 8.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bildung eines Ausschusses für Digitalisierung
Vorlage: VI/2018/04549

zu 8.10.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bildung eines Ausschusses für Digitalisierung (VI/2018/04549)
Vorlage: VI/2019/04821

Herr Wolter zog im Namen der Fraktion MitBÜRGER für Halle den Antrag zurück.

zu 8.10.1 Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Inés Brock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bildung eines Ausschusses für Digitalisierung (VI/2018/04549)
Vorlage: VI/2019/04821

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. ~~Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bildet einen ständigen beratenden Ausschuss für Digitalisierung mit 11 Stadträten und 8 Sachkundigen Einwohnern. Der Vorsitz wird durch einen Stadtrat wahrgenommen. Der Ausschuss für Digitalisierung erhält folgende Empfehlungsrechte:~~

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) benennt den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung um in Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung, Digitalisierung sowie Beschäftigung.

Der Ausschuss erhält folgende zusätzlichen Empfehlungsrechte:

- ~~Angelegenheiten der digitalen Infrastruktur~~
 - ~~Angelegenheiten der digitalen Bildung und Betreuung~~
 - ~~Angelegenheiten der digitalen Bürgerservices, der digitalen Verwaltung und des eGovernments~~
 - ~~Angelegenheiten des digitalen Tourismusmanagements~~
 - ~~Angelegenheiten des kommunalen Klimaschutzes~~
 - ~~Angelegenheiten der zukunftsfähigen Mobilität~~
 - ~~Angelegenheiten der digitalen Bürgerinformation und -beteiligung~~
 - ~~Angelegenheiten der digitalen Stadtentwicklung~~
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) bis zur Stadtratssitzung am ~~19.12.2018~~ **27.02.2019** als Beschlussvorlage einzubringen.

**zu 8.10 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Bildung eines Ausschusses für Digitalisierung
Vorlage: VI/2018/04549**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bildet einen ständigen beratenden Ausschuss für Digitalisierung mit 11 Stadträten und 8 Sachkundigen Einwohnern. Der Vorsitz wird durch einen Stadtrat wahrgenommen. Der Ausschuss für Digitalisierung erhält folgende Empfehlungsrechte:
 - Angelegenheiten der digitalen Infrastruktur
 - Angelegenheiten der digitalen Bildung und Betreuung
 - Angelegenheiten der digitalen Bürgerservices, der digitalen Verwaltung und des eGovernments
 - Angelegenheiten des digitalen Tourismusmanagements
 - Angelegenheiten des kommunalen Klimaschutzes
 - Angelegenheiten der zukunftsfähigen Mobilität
 - Angelegenheiten der digitalen Bürgerinformation und –beteiligung
 - Angelegenheiten der digitalen Stadtentwicklung
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) bis zur Stadtratssitzung am 19.12.2018 als Beschlussvorlage einzubringen.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einer Umbesetzung im Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH
Vorlage: VI/2019/04752**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) widerruft die Entsendung von Frau Manuela Hinniger in den Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) entsendet Herrn Sten Meerheim in den Beirat der Stadion Halle Betriebs GmbH.
3. Der Oberbürgermeister wird angewiesen alle zur Umsetzung des Beschlusses

notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Umbesetzung des Aufsichtsrates der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH
Vorlage: VI/2019/04753**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH die Abberufung von Frau Manuela Hinniger aus dem Aufsichtsrat bindend vor.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Halleschen Wasser- und Stadtwirtschaft GmbH Frau Frigga Schlüter-Gerboth für eine Berufung in den Aufsichtsrat bindend vor.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04757**

**zu 9.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04834**

Herr Gernhardt brachte den Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ein und begründete diesen.

Herr Wolter sprach sich für das Anliegen des Antrages aus und brachte den Änderungsantrag der Fraktion MitBürger ein und begründete diesen.

Er regte in Richtung der Fraktion DIE LINKE an, die Bezeichnung „Vorverkaufsrecht“ richtigerweise in „Vorkaufsrecht“ zu ändern.

Herr Krause verwies den Antrag in den Planungsausschuss und in den Finanzausschuss.

Herr Feigl sagte, dass Ansinnen des Antrages zu begrüßen und dass der Änderungsantrag durchaus zielführend ist.

Herr Gernhardt verwies den Antrag zudem in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

**zu 9.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04834**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
sowie durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

~~Zusammen mit dem Stadtrat erstellt die Verwaltung eine Liste historisch bedeutsamer oder Stadtbild prägender Immobilien, bei denen die~~ Die Verwaltung **wird beauftragt**, im Falle eines ~~des~~ Verkaufs **eines Gebäudes oder einer Fläche, bei dem der Stadt Halle (Saale) nach rechtlicher Prüfung grundsätzlich ein Vorkaufsrecht zusteht, zeitnah den Stadtrat über diesen Sachverhalt zu informieren** ~~informiert~~, so dass der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung entscheiden kann, ob die Stadt ihr Vorverkaufsrecht ~~zieht~~ **geltend macht** oder nicht.

**zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht für bedeutsame Immobilien
Vorlage: VI/2019/04757**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
sowie durch Geschäftsordnungsantrag
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

Zusammen mit dem Stadtrat erstellt die Verwaltung eine Liste historisch bedeutsamer oder Stadtbild prägender Immobilien, bei denen die Verwaltung im Falle eines Verkaufs den Stadtrat informiert, so dass der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung entscheiden kann, ob die Stadt ihr Vorverkaufsrecht zieht oder nicht.

**zu 9.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: VI/2019/04759**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten scheidet Frau Frigga Schlüter-Gerboth aus.

Herr Torsten Hahnel wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten berufen.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Umbesetzungen in Ausschüssen des Stadtrates
Vorlage: VI/2019/04761**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Frau Manuela Hinniger scheidet aus dem Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften aus.
Der Stadtrat entsendet Frau Frigga Schlüter-Gerboth in den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften.
2. Frau Manuela Hinniger scheidet aus dem Ausschuss für Personalangelegenheiten aus.
Der Stadtrat entsendet Frau Frigga Schlüter-Gerboth in den Ausschuss für Personalangelegenheiten.
3. Frau Manuela Hinniger scheidet aus dem Rechnungsprüfungsausschuss aus.
Der Stadtrat entsendet Frau Frigga Schlüter-Gerboth in den Rechnungsprüfungsausschuss.

**zu 9.6 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche Initiativen
Vorlage: VI/2019/04766**

Frau Seidel-Jähnig brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche konkreten Unterstützungsleistungen von der Stadt für die Einrichtung und das Betreiben eines stadtweiten Ressourcenpools für Vereine und Initiativen möglich sind.
2. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat einen Monat nach der Beschlussfassung zu diesem Antrag per Informationsvorlage vorzulegen.
3. Bei einer positiven Stellungnahme werden die Umsetzungsschritte bis zur Realisierung dargelegt.

**zu 9.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erweiterung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04762**

Herr Krause verwies den Antrag in den Finanzausschuss und in den Ausschuss für Ordnung- und Umweltangelegenheiten.

Herr Aldag sagte, den Antrag zu begrüßen.

Herr Nette verwies den Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
und
Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften
sowie durch Geschäftsordnungsantrag
der AfD Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Begrünung von Fassaden in der Stadt Halle (Saale) um die Fördergegenstände „Begrünung von Dächern“ und „Begrünung und Entsiegelung von Höfen“ zu erweitern und die Richtlinie in allen Punkten bei Notwendigkeit entsprechend anzupassen.
2. Der dieser Richtlinie zugrunde liegende Haushaltsansatz soll entsprechend höher unterlegt werden.
3. Die Änderungen sollen zum 1.1.2020 in Kraft treten.
4. Um den Bekanntheitsgrad der Richtlinie zu erhöhen, wird angeregt, neben der Bekanntmachung im Amtsblatt weitere öffentlichkeitwirksame Maßnahmen (Homepage, soziale Medien, Printmedien) durchzuführen.

**zu 9.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reaktivierung des Basketballplatzes im Bereich Unterberg
Vorlage: VI/2019/04783**

Herr Helmich brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Herr Scholtyssek verwies den Antrag in den Sportausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass auch an anderen Brachstellen Sporteinrichtungen eingerichtet werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Sportausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Basketballplatz am Unterberg als Projekt in das Städtebaufördermittelprogramm aufzunehmen und auf diesem Weg als öffentliche Sportanlage zu reaktivieren.

**zu 9.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung der Spielflächenkonzeption aus dem Jahr 2013
Vorlage: VI/2019/04785**

Frau Dr. Brock brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Umsetzung im ersten Halbjahr nicht realisierbar ist.

Frau Dr. Brock sagte, dass im Jugendhilfeausschuss im Mai 2018 darüber informiert wurde, dass die Fortschreibung 2018 vorgelegt wird. Sie verstehe nicht, dass dies bis März 2019

nicht umsetzbar ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den zuständigen Stadtratsgremien im März 2019 eine Fortschreibung der städtischen Spielflächenkonzeption zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 9.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beleuchtung der
Wegeverbindung entlang der ehemaligen Hafенbahntrasse
Vorlage: VI/2019/04786**

Herr Feigl brachte den Antrag im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein und begründete diesen.

Herr Nette sagte, dass die Beleuchtung der Hafенbahntrasse nicht notwendig ist, da es Wegebeziehungen gibt, die beleuchtet sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen finanziellen Mitteln eine angemessene Beleuchtung im Bereich des gemeinsamen Geh- und Radweges entlang der ehemaligen Hafенbahntrasse realisiert werden kann. Zu prüfen ist dabei auch die Nutzung von entsprechenden Fördermittelprogrammen, beispielsweise von Fördermitteln über die „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative“.

**zu 9.11 Antrag der AfD Fraktion auf Erstellung einer Konzeption zur Begrenzung
des Ausländeranteils in den Stadtvierteln von Halle und der Verhinderung
des Entstehens von Parallelgesellschaften.
Vorlage: VI/2019/04775**

Herr Raue brachte den Antrag im Namen der AfD Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Nette verwies den Antrag in den Finanzausschuss, Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, Sozialausschuss, Stadtentwicklungsausschuss und Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der AfD Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung,
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss,
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert dem Stadtrat von Halle bis zum 31.05.2019 eine Konzeption vorzulegen, die der weiteren Bevölkerungsveränderung in Halle-Neustadt, die erheblich zu Lasten der einheimischen deutschen Bevölkerung geht, wirksam begegnet. In dieser Konzeption sollen Strategien erarbeitet werden, die dauerhaft dafür sorgen, dass die Konzentration von Ausländern in bestimmten Vierteln verhindert und auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Dieses vernünftige Maß soll allen zu erwartenden gesellschaftlichen Problemen auf allen Ebenen Rechnung tragen und in der zu erarbeitenden Konzeption konkret festgelegt werden.

**zu 9.12 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Kulturausschuss
Vorlage: VI/2019/04829**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Als sachkundiger Einwohner im Kulturausschuss scheidet Herr Erhard Preuk aus.

Frau Stefanie Mackies wird als sachkundige Einwohnerin in den Kulturausschuss berufen.

**zu 9.13 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: VI/2019/04833**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Lange** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Herr Martin van Elten scheidet als sachkundiger Einwohner im Sportausschuss aus.

Herr Andreas Hemming wird als sachkundiger Einwohner in den Sportausschuss berufen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 10.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Infrastrukturentwicklung in Ammendorf/Radewell
Vorlage: VI/2019/04760**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Verkehrssicherheit am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2019/04745**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
Vorlage: VI/2018/04548**

Die Beantwortung erfolgt zum Stadtrat April 2019.

**zu 10.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
Vorlage: VI/2018/04544**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Technik des alten Planetariums
Vorlage: VI/2019/04750**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Hafenstraße 7

Herr Gernhardt bezog sich auf Frage 2 und fragte, ob es für das Gasometer Abrissanträge gab.

Herr Rebenstorf verneinte dies.

Herr Gernhardt fragte, wie ohne Abrissantrag und Genehmigung der Abriss möglich war.

Herr Rebenstorf sagte, dass dies nur die HWG als Eigentümerin der Immobilie beantworten kann.

Herr Gernhardt bezog sich auf Frage 8 und fragte nach der Beurteilung der Verwaltung, da hier ein Kulturdenkmal zerstört wurde und ob hier die Staatsanwaltschaft betreffs des Vorsatzes ermittelt.

Herr Rebenstorf sagte, dass eine Ordnungswidrigkeitsanzeige vorliegt.

Herr Gernhardt bezog sich auf Frage 12 und bat um Nachfrage bei der HWG, warum diese das Objekt nicht wieder aufbauen wollen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 10.7 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur "Deutsche Wohnen AG" in Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2019/04755

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.8 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Vorverkaufsrecht bei Grundstücksveräußerungen**
Vorlage: VI/2019/04756

Herr Gernhardt fragte, ob die Verwaltung § 11 des Denkmalschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalts in der rechtlichen Würdigung berücksichtigt hat. Sollte dies nicht so sein, ob dies künftig so geschehen wird.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass dies geschehen wird.

zu 10.9 **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weitergabe von Meldedaten an die Bundeswehr**
Vorlage: VI/2019/04758

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.10 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ampelschaltung „An der Magistrale“
Vorlage: VI/2019/04763**

Herr Eigendorf sagte, dass die Antwort nicht ausreichend ist und bat um Benennung der Hinderungsgründe.

Herr Rebenstorf sagte, das Thema bis zum nächsten Planungsausschuss aufzubereiten und dort darzulegen.

**zu 10.11 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Baumfällungen im Jahr 2013 im Bereich der Halle-Saale-Schleife
Vorlage: VI/2019/04764**

Herr Schiedung sagte, dass die Antworten unzureichend sind. Die Verwaltung verweist in ihrer Antwort auf frühere Antworten und Beantwortungen von mündlichen Anfragen, ohne genauere Bezeichnung der Vorlagennummer oder ähnliches.

Er sagte, dass die Frage 1 nicht beantwortet ist. Er bat um Information, auf welcher gesetzlichen Grundlage die Fällungen basierten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass alle Fragen zu den rechtlichen Grundlagen beantwortet sind. In mehrfachen Sitzungen wurde über die Planung des Dammes, die Abholzung, über den Bau des 2. Dammes, die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes dazu, über Ersatzpflanzungen durch die Stadt Halle und des Landesverwaltungsamtes mehrfach informiert. Er schlug Herrn Schiedung vor, seine Frage zu präzisieren.

Zur Frage 2 fragte **Herr Schiedung** nach den Einmessungsunterlagen.

Frau Ernst sagte, dass zur Thematik mehrfach durch die Fraktionen Akteneinsicht genommen wurde, Herr Schiedung zudem selbst mehrfach zum Thema Akteneinsicht genommen hat.

Herr Schiedung sagte, dass die Verwaltung am 22.05.2015 das Landesverwaltungsamt unterrichtet hat, dass die Ersatzpflanzungen im Südpark erfolgen werden. Er fragte nach den Gründen, warum dies nicht geschehen ist.

Frau Ernst sagte, dass dies im Schriftverkehr im Rahmen der Akteneinsicht umfangreich erläutert ist.

Zur Frage 7 bat **Herr Schiedung** um Information, warum die Aufforstungsmaßnahmen nicht in dem Bereich vorgenommen wurden, wo die Fällung erfolgt ist.

Frau Ernst verwies erneut auf den Schriftverkehr mit dem Landesverwaltungsamt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Anordnung dazu vom Landesverwaltungsamt kam. Herr Schiedung konnte die Unterlagen im Rahmen der Akteneinsicht lesen.

Herr Schiedung bat um Beantwortung der Frage 8.

Frau Ernst verwies abermals auf alle Unterlagen, die im Rahmen der Akteneinsicht gesichtet wurden. Die Nachfragen seien daher nicht nachvollziehbar.

zu 10.12 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Tempo-30-Zonen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/04765

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Star Park
Vorlage: VI/2018/04666

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu sozialen, umweltbezogenen und innovativen Kriterien in den Vergabeverfahren 2017 und 2018
Vorlage: VI/2018/04556

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwendung der Finanzmittel für Reparaturen an Straßen, Wegen und Plätzen in 2018
Vorlage: VI/2019/04779

Herr Rupsch fragte, ob die Ausgabe der finanziellen Mittel bis Mai 2019 realisierbar ist.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Quotierung erst im Mai 2018 beschlossen wurde. Die Planung war zu diesem Zeitpunkt schon erfolgt. In diesem Jahr hat die Verwaltung diese Quotierung umsetzen können, weil man von Anfang an für das gesamte Jahr planen konnte.

Herr Rupsch fragte, wann die Verwaltung über die genaue Planung informieren wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass dies bis zur Sitzung des Planungsausschuss im Februar vorbereitet wird.

**zu 10.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu
Organisationsuntersuchungen in der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2019/04777**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Kündigungsfristen bei
Betreuungsverträgen in Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2019/04774**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer
Toilettenanlage auf der Würfelwiese
Vorlage: VI/2019/04773**

Herr Feigl fragte, wann die Maßnahme umgesetzt wird.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Umsetzung erst nach Genehmigung der finanziellen Mittel erfolgen wird.

Herr Geier ergänzte, dass dies erst geschehen kann, wenn die genehmigte Haushaltssatzung öffentlich bekannt gemacht ist. Die Bekanntmachung ist für das kommende Amtsblatt vorgesehen. Danach ist die Bekanntmachungsfrist von 7 Tagen abzuwarten, sodass letztendlich nicht vor dem 13.02.2019 agiert werden kann, und dann erst unter der Maßgabe, dass die entsprechenden Einnahmen vorliegen.

**zu 10.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen für
im Jahr 2013 am Gimritzer Damm vorgenommene Baumfällungen
Vorlage: VI/2019/04772**

Herr Rupsch sagte, dass die Antworten nicht zufriedenstellend sind.

Frau Ernst verwies auf die dazu durchgeführte Akteneinsicht.

Herr Rupsch sagte, dass geldwerte Leistungen in der Spendenquittung ersichtlich sein müssen.

Frau Ernst wies darauf hin, dass Pflanzarbeiten in Form von ehrenamtlichem Engagement nicht als geldwerte Leistungen erfasst werden. Sie verwies auf die Pflanzungen von verschiedenen Bürgern, Initiativen, Unternehmen und auch der Grünen selbst.

Herr Rupsch zitierte zum Thema Entwicklungspflege eine Anfrage von Herrn Aldag im Landtag zur Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, falls nach der erheblichen Trockenheit des Sommerhalbjahr 2018 die Aufforstung geschädigt worden ist und ein Total- bzw. Teilausfall zu verzeichnen ist. Darauf antwortete die Landesregierung, dass die Anordnung der Ersatzpflanzungen gemäß § 17 Abs. 8 Bundesnaturschutzgesetz durch den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes gegenüber der Stadt Halle vom Juni 2015 folgende Maßgaben enthielt: Für die Pflanzungen ist durch die Stadt eine fünfjährige Anwuchs- und Entwicklungspflege gemäß den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. (FLL) sicherzustellen. Die Aufforstung ist durch die Stadt Halle (Saale) dauerhaft zu erhalten.

Die Verwaltung antwortete allerdings, dass keine fünfjährige Pflege erforderlich ist. **Herr Rupsch** fragte, was hier nun stimmt.

Frau Ernst sagte, dass der Verwaltung die Antwort der Landesregierung nicht bekannt ist.

Herr Rupsch bezog sich auf die Thematik fachliche Aufsicht und fragte, über welche fachlichen Fähigkeiten die Firma verfügt, wenn sämtliche Anpflanzungen nicht gegen Verbiss geschützt sind.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Fachfirma über die notwendige Qualifikation verfügt. Die Abnahme erfolgte durch den Fachbereich Grünflächen.

Herr Rupsch fragte, ob die Maßnahme abgeschlossen ist und ob eine Abnahme durch das Landesverwaltungsamt erfolgt ist.

Herr Rebenstorf antwortete, dass noch Nistkästen aufgehängt werden müssen. Die Maßnahme ist daher noch nicht abgeschlossen.

Herr Rupsch sagte, dass seines Erachtens immer nur Halbwahrheiten erzählt werden. Der Vorgang ist für ihn noch nicht abgeschlossen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte klar, dass man sich nicht im Verhör befinde.

Herr Lange wies Herrn Oberbürgermeister darauf hin, dass die Art und Weise wie die Räte ihre Anfragen stellen, ihnen selbst überlassen sei.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**zu 10.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den geplanten Grundstücksveräußerungen im Jahr 2019
Vorlage: VI/2019/04782**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Anreizsystems für Hebammen bezüglich der Leistung Wochenbettbetreuung
Vorlage: VI/2019/04770**

Frau Dr. Brock fragte, ob zum aktuellen Sachstand im nächsten Stadtrat informiert wird.

Frau Brederlow sagte, dass der Stand im Sozialausschuss dargelegt werden kann.

**zu 10.22 Anfrage der Fraktion MitBürger zu Hundewiesen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/04776**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.23 Anfrage der Fraktion MitBürger zu Schall- und Emissionsschutz nach dem Neubau der Zugkopplungsanlage
Vorlage: VI/2019/04778**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.24 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue (AfD Stadtratsfraktion Halle) zu den Herkunftsstaaten und den Religionszugehörigkeiten der in Halle lebenden Ausländer
Vorlage: VI/2019/04749**

Herr Raue fragte, wo die Verwaltung die Muslime in der Stadt konzentriert.

**zu 10.25 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue (AfD Stadtratsfraktion) zur Kontrolle der in der letzten Zeit zahlreich entstandenen sogenannten Barbiersalons hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen und Beschränkungen durch die Handwerksordnung.
Vorlage: VI/2019/04769**

Herr Raue bat um Erläuterung, wie die Kontrollen der Barbiersalons hinsichtlich der Bestimmungen und Beschränkungen erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**zu 10.26 Anfrage des Stadtrates Gernot Nette (AfD Stadtratsfraktion) zu
Aufwendungen für Flüchtlinge, Asylsuchende und Asylanten
Vorlage: VI/2019/04787**

Herr Nette fragte, warum in der Antwort nur auf den Personenkreis eingegangen wurde, welcher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Gelder bezieht.

Frau Brederlow sagte, dass sich die Antwort auf die Fragestellung bezieht. Es war die Frage nach Flüchtlingen und Asylanten und dementsprechend bezieht sich die Antwort der Verwaltung auch nur auf diesen Personenkreis.

zu 11 Mitteilungen

**zu 11.1 Quartalsbericht III/2018 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin
HAVAG
Vorlage: VI/2018/04611**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.2 Berichterstattung über aktuelle Bauprojekte
Vorlage: VI/2018/04578**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.3 Information zur Investitionsdarlehensaufnahme aus Kreditermächtigung
2017 und 2018
Vorlage: VI/2018/04679**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.4 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des
Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2019/04835**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Herr Eigendorf zu Jack&Jones

Herr Eigendorf sagte, dass das Geschäft Vero Moda / Jack&Jones geschlossen wird. Er fragte, ob der Verwaltung die Gründe für den Auszug bekannt sind. Weiterhin fragte er, ob die Verwaltung mit dem Vermieter in Gesprächen bezüglich der Suche nach einem Nachmieter ist.

Frau Ernst sagte eine Antwort im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu.

zu 12.2 Herr Koehn zur Teilnahme der Hanse-Messe

Herr Koehn fragte, ob der Verwaltung die Möglichkeit zur Teilnahme an der Hanse-Messe bekannt war und wenn ja, ob eine Teilnahme geprüft wurde und ob in den kommenden Jahren die Absicht besteht, an der Messe teilzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.3 Herr Senius zur Städtepartnerschaft Israel

Herr Senius fragte nach dem Sachstand zu einer möglichen Städtepartnerschaft mit Israel.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung mit der Botschaft Kontakt aufgenommen hat. Ein Zwischenstand kann voraussichtlich im Juni erfolgen.

zu 12.4 Herr Schiedung zur Barriere-Ampel

Herr Schiedung bezog sich auf seine Anregung zur Einrichtung einer Barriere-Ampel bei „Sag's uns einfach“. Er fragte nach dem Stand der Umsetzung.

Frau Ernst sagte, dass die Internetseite schrittweise erweitert wird. Darüber wurde im Hauptausschuss informiert.

zu 12.5 Herr Senius zu Stau in der Dieselstraße

Herr Senius bezog sich auf den Verkehrsfluss in der Dieselstraße.

Er fragte, ob die Ampelschaltung schon einmal geprüft wurde. Wenn nicht, rege er eine Prüfung an.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung zu.

zu 12.6 Herr Schiedung zum Gimritzer Damm

Herr Schiedung fragte auf Grundlage der Entscheidung der Vergabekammer zum Bau des Gimritzer Dammes, ob es zulässig ist, dass die Beträge ohne Rechnungsstellung anschließend nicht gezahlt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass auch diese Frage schon mehrfach beantwortet wurde.

zu 12.7 Herr Gernhardt zu seinen Anfragen im Stadtrat Dezember 2018

Herr Gernhardt wies darauf hin, dass die Antworten seiner drei Anfragen aus der Sitzung Dezember noch ausstehen.

zu 12.8 Herr Gernhardt zur Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden

Herr Gernhardt bezog sich auf den beschlossenen Antrag zur Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden und fragte nach dem Sachstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.9 Frau Dr. Wünscher zum Straßenzustand an der Kita Wirbelwind

Frau Dr. Wünscher bezog sich auf eine Anfrage der SPD-Fraktion von August 2018 zur Thematik Straßenzustand vor der Kita Wirbelwind. Die Verwaltung hatte geantwortet, dass der Bereich grundhaft nicht instand gesetzt werden könnte, aber die größten Ausbesserungen unverzüglich wahrgenommen würden. Sie sagte, dass sich der Zustand bislang nicht geändert hat. Sie fragte nach dem Sachstand.

Herr Rebenstorf sagte eine Prüfung sowie eine Antwort zum Planungsausschuss zu.

zu 12.10 Frau Dr. Wünscher zur Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse

Aus gegebenem Anlass bezog sich **Frau Dr. Wünscher** auf die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse und fragte, ob die Redezeit beim TOP 10 – schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten in irgendeiner Weise geregelt ist.

Sie regte an, dies ansonsten zu überdenken, denn ein längerer Dialog sollte hier nicht erfolgen.

Herr Lange sagte, dass Anliegen nachvollziehen zu können. Bisweilen habe er mit den Betroffenen immer die Vereinbarung getroffen, dass sich deren Redebeiträge auf 2 Minuten begrenzen. Dies ist nicht bei allen gelungen. Dieser Tagesordnungspunkt sollte auch nicht für lange Statements genutzt werden.

Herr Lange sagte, dass es in der Geschäftsordnung selber dazu keine Regelung gibt. Er würde gerne mit den Fraktionsvorsitzenden darüber ins Gespräch kommen und eventuell müsste dann die Geschäftsordnung angepasst werden.

zu 12.11 Herr Scholtyssek zu Graffiti

Herr Scholtyssek bezog sich auf seine Oktober-Anfrage zu Graffiti-Schmierereien. Er hatte um Ergänzung der Liste mit den Immobilien der städtischen Gesellschaften gebeten. Die Antwort steht noch aus.

Frau Ernst sagte, dass die Abfrage bei allen städtischen Beteiligungen sehr zeitaufwendig ist. Die Antworten liegen nunmehr vor. Im Laufe der nächsten Tage werden diese zur Verfügung gestellt.

zu 12.12 Herr Scholtyssek zur Akteneinsicht Hafestraße 7

Herr Scholtyssek sagte, dass der Fraktion noch kein Termin zur beantragten Akteneinsicht zur Thematik Hafestraße 7 mitgeteilt wurde.

Frau Ernst sagte eine Terminvergabe im Laufe der kommenden Woche über die Fraktionsgeschäftsstelle zu.

zu 12.13 Herr Scholtyssek zum Gutachten Kongresszentrum

Herr Scholtyssek sagte, dass die Verwaltung im letzten Amtsblatt darüber informiert hatte, dass ein Gutachten vorliegt, welches für ein Kongresszentrum am Riebeckplatz spricht.

Er sagte, dass die Räte dieses Gutachten gern einsehen würden.

Frau Ernst antwortete, dass das Gutachten nicht von der Verwaltung in Auftrag gegeben wurde. Das Thema Kongresszentrum ist für die Sitzung des Wirtschaftsausschusses im

Februar vorgesehen. Bis dahin wird geklärt, ob das Gutachten an Dritte weiter gegeben werden darf.

zu 12.14 Frau Dr. Brock zur Antwort LVwA zum Haushalt

Frau Dr. Brock fragte, wann man die Antwort des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt 2019 erhalten werde. Es gab bereits eine Anfrage dazu im Finanzausschuss, worauf die Verwaltung geantwortet hatte, dass es am nächsten Tag zur Verfügung gestellt wird. Dies ist nicht geschehen.

Herr Geier sagte, dass es sich um ein Büroversehen handelt. Das Schreiben wird den Räten unverzüglich zur Verfügung gestellt.

zu 12.15 Frau Dr. Brock zum Präventionskonzept

Frau Dr. Brock bezog sich auf das in der Beiko vorgestellte Präventionskonzept. Sie fragte, ob es sich bei den drei Stellen um die für die Bekämpfung von Kinderarmut beantragten Stellen handelt. Des Weiteren gibt es noch eine Ausschreibung für eine VZS „Willkommen im Leben“. Sie fragte, ob dies die Stelle Neugeborenenbegrüßung ist.

Frau Brederlow antwortete, dass die Stelle „Willkommen im Leben“ eine der Stellen für Neugeborenenbegrüßung ist. Die Stellen Babyslots sollen bei den Leistungserbringern sein. Dafür gibt es auch entsprechende Bundesprogramme.

Frau Dr. Brock sagte, dass der Themenspeicher des Jugendhilfeausschusses die Behandlung Präventionskonzept für April 2019 vorsieht. Sie fragte, ob man im Rahmen des kompletten Konzeptes die Umsetzung der beiden anderen Stellen mitgeteilt bekommt.

Frau Brederlow antwortete, dass die beiden anderen Stellen dort nicht inbegriffen sind.

zu 12.16 Herr Feigl zur Fahrradverbindung zwischen Altstadt und Riebeckplatz

Herr Feigl sagte, dass die Fahrradverbindung zwischen Altstadt und Riebeckplatz entlang der Martinstraße verläuft. Er habe festgestellt, dass es in der unteren Martinstraße eine Vollsperrung gibt, die auch den Töpferplan mit einbezieht. Es ist daher nicht möglich, die Strecke bis zum Ende mit dem Fahrrad zu befahren.

Er fragte, ob bei der Genehmigung der Vollsperrung eine Ausweichstrecke für den Radverkehr berücksichtigt wurden ist und wenn ja, warum darauf nicht mit entsprechender Beschilderung hingewiesen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.17 Herr Raue zum Aufenthaltsstatus

Herr Raue sagte, dass, wenn über den Aufenthaltsstatus von Flüchtlingen entschieden wurden ist, diese dann Leistungen nach dem SGB II erhalten. Er fragte, wie diese Personen dann betitelt werden. Er bezeichnet diese als Flüchtlinge.

Frau Brederlow sagte, dass es sich um Geduldete, aber auch um Familienangehörige handelt. Sie tragen die Bezeichnung Geflüchtete. Im Sozialausschuss informiert die Verwaltung regelmäßig darüber. Eine entsprechende Darstellung kann zur Verfügung gestellt werden.

zu 12.18 Herr Aldag zum Bauvorhaben in Tornau

Herr Aldag sagte, dass in Tornau eine Viehverladestation gebaut werden soll. Er bat um nähere Erläuterungen.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.19 Herr Aldag zum Wäldchen in Trotha

Herr Aldag bezog sich auf das Wäldchen in Trotha. Dort ist der Lebensraum eines Rotmilans. Laut Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalts dürfen 300m im Umkreis eines Rotmilanhorstes keine Maßnahmen erfolgen, welche dessen Lebensraum stören. Es gibt hier auch Ausnahmeregelungen. Er fragte, ob hier eine solche Ausnahmegenehmigung erteilt wurde.

Herr Rebenstorf sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.20 Herr Nette zum Runden Tisch Freiräume

Herr Nette bezog sich auf den Runden Tisch Freiräume für soziokulturelle Zentren, welcher am Freitag tagte. Im Vorfeld wurden bei den Fraktionen Vereine abgefragt, die an diesem Interesse hätten. Er habe vier oder fünf Vereine genannt, die alle nicht eingeladen wurden. Er fragte nach den Gründen.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass man die Vorschläge erhalten habe. Eingeladen wurden aber nur hallesche Vereine. Die von der AfD Fraktion gemeldeten Vereine hatten keinen halleschen Sitz. Aufgrund eines Krankheitsfalles im Sekretariat wurde der eine Verein mit halleschem Sitz versehentlich nicht eingeladen.

zu 12.21 Herr Dr. Meerheim zum Weihnachtsmarkt

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die Leistung zur Bewachung des Weihnachtsmarktes im Vorfeld ausgeschrieben wird. Sollte dies so sein fragte er, um welche Art der Ausschreibung es sich handelt.

Herr Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Anregung der Fraktion MitBürger zu Hundewiesen im Stadtgebiet Vorlage: VI/2019/04780

Seit Jahren stehen Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer vor einer riesigen Herausforderung. Gerade in der Fußballsaison wird die Hundewiese an der Kantstraße von Müll, beispielsweise in Form von Glasscherben, Kronkorken und Büchsen, übersät. Leider reicht die Reinigungsleistung der Stadt nicht aus, sodass diese Wiese nicht nutzbar ist. Hundebesitzerinnen und Hundebesitzer weichen auf andere Flächen aus. Dieser Zustand ist nicht zufriedenstellend. Daher regt die Fraktion MitBürger an, diese Hundewiese umzuverlegen. Als möglicher Standort wäre ein Teil der Freifläche vor dem Stadion (Max-Lademann-Straße/Straße der Republik) möglich. Dort könnte ein Teil der Einfriedung genutzt werden.

Bürgerinnen und Bürger meldeten sich zudem bei der Fraktion mit der Information, dass der Zaun der Hundewiese am Hohen Ufer seit einiger Zeit kaputt ist und große Lücken direkt zur Straße hin aufweist. Nach eigener Aussage kontrolliert die Verwaltung die Hundewiesen wöchentlich und repariert Schäden innerhalb kurzer Zeit (vgl. Antworten auf Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Hundewiesen VI/2016/02277).

Die Fraktion MitBÜRGER regt an, die benannten Schäden zu sichten und zu reparieren.

Zudem wird angeregt, das PDF-Dokument auf der Homepage der Stadt, auf der die Hundewiesen eingezeichnet sind, in Sinne einer höheren Benutzerfreundlichkeit und Orientierung zu überarbeiten.

zu 13.2 Anregung der Fraktion MitBürger zum Fußgängerübergang Willy-Brandt-Straße Vorlage: VI/2019/04781

Im Zuge der Sanierung des Rannischen Platzes wurden auch Veränderungen der Verkehrsführung vorgenommen. So entstand ein Fußgängerüberweg in der Willy-Brandt-Straße. Mit dieser Einrichtung ist es zu einem Aufwuchs an Stauentwicklung im Kreisverkehr am Rannischen Platz gekommen. So wird durch den Rückstau der Verkehrsfluss von ÖPNV und motorisiertem Individualverkehr immer wieder unterbrochen. Auch geht damit eine erhöhte Emissionsbelastung der dort wohnenden Bevölkerung einher.

Die Fraktion MitBÜRGER bittet daher um Prüfung einer Verlegung des Fußgängerüberganges weiter in die Willy-Brandt-Straße hinein oder den Bau einer

Lichtsignalanlage, um die Verkehrsströme für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer optimaler zu gestalten.

zu 13.3 Herr Schiedung zur Beantwortung von Anfragen

Herr Schiedung regte bezüglich der Verkürzung von Nachfragen an, dass Fragen konkret mit Vorlagennummer und entsprechend mit Verweis auf den Absatz, wo die Antwort steht, beantwortet werden.

zu 13.4 Herr Dr. Wöllenweber zur HES

Herr Dr. Wöllenweber regte an, die Beschilderung an der HES zu optimieren.

zu 13.5 Herr Aldag zu Baumfällungen

Herr Aldag regte an, Baumfällungen im Amtsblatt optisch deutlicher hervorzuheben und auch rechtzeitig bekannt zu geben.

zu 13.6 Herr Senius zur Unterstützung der heimischen Wirtschaft

Herr Senius regte an, das regionale Standortmarketing stärker auf die Zielgruppe Zuziehende auszurichten, um diese noch besser mit Informationen zu versorgen (Was ist zu tun bei: Schulwechsel, Jobsuche des Partners, Umzugsmeldung etc.).

zu 13.7 Anregung der Fraktion MitBürger zur Durchführung eines öffentlichen Bürgerworkshops zur Zukunft des Wochenmarktes auf dem Marktplatz

Herr Wolter regte an, einen öffentlichen Bürgerworkshop betreffs der zukünftigen Gestaltung des Wochenmarktes auf dem Marktplatz durchzuführen.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE in die Dienstpläne des städtischen Ordnungsdienstes vom Dezember 2018 und zum Einigungsstellenverfahren

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 14.2 Antrag auf Akteneinsicht der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bodenkippe Halle-Ammendorf

Der Antrag auf Akteneinsicht wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Lange beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer